

**Fraktionsgeschäftsstelle**

Friedrich-Ebert-Straße 46  
46535 Dinslaken

Telefon: 02064 / 77 57 380

Telefax: 02064 / 77 57 381

Mail: buero@linksfraktion-kreiswesel.de

[www.linksfraktion-kreiswesel.de](http://www.linksfraktion-kreiswesel.de)

An den  
Landrat des Kreises Wesel  
Herrn Dr. Ansgar Müller  
Kreishaus  
Reeser Landstraße 31  
46483 Wesel

den Fraktionen, Gruppen und Einzelmitgliedern des  
Kreistages zur Kenntnis

Dinslaken (Kreis Wesel), den 24. April 2020

**Antrag zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz am 03.06.2020 und zur Sitzung des Kreisausschusses am 23.06.2020**

**Hilfsangebote für Frauen in Not offensiv und niederschwellig kommunizieren**

Sehr geehrter Herr Dr. Müller,

zur oben genannten Sitzung stellen wir folgenden Antrag.

Der Kreis Wesel wird für die Dauer der COVID-19-Pandemie damit beauftragt, offensiv und niederschwellig auf die Hilfsangebote für Frauen in Not im Kreisgebiet aufmerksam zu machen. Zu den Angeboten gehören die Frauenberatungsstelle des „Frauen helfen Frauen e.V.“, die Frauenberatungsstelle des „FG Wesel e.V.“ sowie die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen der AWO, des Donum Vitae und des Diakonischen Werks Dinslaken und Wesel.

Geeignet hierfür sind Flyer und Druckmaterialien, die an die im Kreis Wesel publizierenden Anzeigenblätter als Beilage ausgehändigt werden. Zusätzlich soll der Kreis wöchentlich über die entsprechenden kreiseigenen Profile in sozialen Netzwerken auf die Angebote in verschiedenen Sprachen hinweisen.

Begründung: Als Konsequenz eines erwartbaren Anstiegs von Konflikten in Privathaushalten, sind nach Einschätzung der Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK), Frauen und Kinder von den derzeitigen als „Shutdown“ summierten Maßnahmen besonders stark betroffen. Diese kritische Belastung bleibt nach außen hin jedoch unsichtbar. Damit dieser Entwicklung entgegengetreten werden kann, wird u.a. von der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina auf die kurzfristig zunehmende Bedeutung u.a. von Beratungsdiensten hingewiesen.

Mit derzeitigem Erkenntnisstand ist eine vollumfassende Rückkehr zu Normalität in absehbarer Zukunft nicht zu realisieren. Auch wenn ein schrittweise verlaufender Ausstieg aus dem derzeitigen „Shutdown“ vollzogen wird, bleiben die psychischen und physischen Auswirkungen durch die individuellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie bestehen. Hieraus sollte zu schlussfolgern sein, dass eine frühzeitige und langfristig angelegte Kommunikation für die angesprochenen Angebote nötig ist.

Mit freundlichen Grüßen



Sascha H. Wagner  
Fraktionsvorsitzender